

Auszug aus der Niederschrift über die 8. öffentliche Sitzung des Verbandsgemeinderates Sprendlingen-Gensingen vom 07.10.2020

TOP 14: Bündnis "Städte Sicherer Häfen"

Sach- und Rechtslage:

Im Sommer 2018 lag das zivile Rettungsschiff Lifeline eine Woche lang mit 234 Menschen an Bord vor der europäischen Küste im Mittelmeer. Obwohl mehrere europäische Länder und Städte bereit waren, die aus Seenot Geretteten aufzunehmen, wurde dem Schiff das Einlaufen in einen Hafen verweigert. Vor diesem Hintergrund gründete sich die Initiative „Seebrücke – schafft Sichere Häfen“.

Bis dato erklärten sich über 50 deutsche Städte mit der Initiative solidarisch. Diese haben sich in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Resolutionen und Appellen an die Bundesregierung gewandt und ihre Bereitschaft signalisiert, die aus Seenot Geretteten zusätzlich aufzunehmen. Sie setzen damit ein Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit und sind bereit, ihren Beitrag zu leisten, um die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden.

Eingedenk dieser Situation haben sich im April 2019 mehrere Vertreter*innen der sich mit der Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ solidarisch erklärenden Städte in der Landeshauptstadt Potsdam getroffen. Das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ wurde am 14.06.2019 während des Kongresses „Sichere Häfen. Leinen los für kommunale Aufnahme“ gegründet. Der Kongress wurde von Seebrücke in Kooperation mit der Landeshauptstadt Potsdam ausgerichtet. Im Vorfeld dieses Kongresses hatte die Landeshauptstadt Potsdam Vertreter*innen von Kommunen, die sich bereits zum Sicheren Hafen erklärt hatten zu einem Arbeitstreffen eingeladen. Im Ergebnis dieses Arbeitstreffens wurde die „Potsdamer Erklärung“ verabschiedet, die wiederum die Grundlage für die Bildung des Bündnisses war. Die Potsdamer Erklärung ist nicht nur Gründungsdokument des Bündnisses, sondern deren formlose Mitzeichnung ist auch Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Bündnis. Die Erklärung ist in der Anlage beigefügt.

Der Verbandsgemeinderat am 23.09.2019 in einer Resolution beschlossen, die Aktivitäten des Landkreises Mainz-Bingen im Hinblick auf die Initiative „Seebrücke“ zu befürworten. Für die Aufnahme in das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ ist eine formlose Mitzeichnung der beigefügten Potsdamer Erklärung sowie die Übersendung dieser an den Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam als koordinierende Stelle des Bündnisses oder an Oberbürgermeister Mike Schubert erforderlich.

Mit E-Mail vom 22.09.2020 wurde die Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen von der Stadt Potsdam gebeten, dem Bündnis beizutreten (siehe Anlage). Hierüber soll im Verbandsgemeinderat entschieden werden.

Verlauf der Beratung:

Nach einer Einführung von Bürgermeister Scherer in das Thema erklärt Ratsmitglied Sebastian Immesberger, dass sich die CDU-Fraktion diesem Antrag nicht anschließen kann, da sie kommunale Einzellösungen als den falschen Weg ansehen. Bürgermeister Scherer antwortet, dass es sich hier um eine gemeinsame Erklärung der Kommunen gegenüber dem Bund handelt.

Beschluss:

Die Verbandsgemeinde tritt dem Bündnis bei und verpflichtet sich aus Seenot gerettete Schutzsuchende zusätzlich aufzunehmen.

Finanzierung:

./.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen : 12
 Nein-Stimmen : 10

Hinweis der Schriftführerin:

*In der Sitzung wurde das Abstimmungsergebnis vom Vorsitzenden wie folgt festgestellt:
Ja-Stimmen 11, Nein-Stimmen 10. Tatsächlich waren einschließlich Bürgermeister Scherer 22
Stimmberechtigte anwesend, die Stimme des Vorsitzenden wurde nicht mitgezählt.
Für die Niederschrift wird das Abstimmungsergebnis entsprechend korrigiert.*

Die Übereinstimmung der vorstehenden
Ablichtung mit dem hier vorgelegten
Original der Niederschrift wird
hiermit bestätigt.

Sprendlingen, den 27.10.2020
VERBANDSGEMEINDEVERWALTUNG
SPRENDLINGEN-GENSINGEN



FB 1	FB 2	FB 3	FB 4	SSt I	SSt II	VG-Werke
------	------	------	------	-------	--------	----------